

KVB-Vorstand zur Kampagne „Wir sind für Sie nah“: Wichtiges Signal an die Bundespolitik

München, 6. Juni 2024: Im Rahmen einer bundesweiten Aufklärungskampagne machte am heutigen Donnerstag ein spezielles Fahrrad bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) Station, um darauf aufmerksam zu machen, dass die wohnortnahe ambulante Versorgung mit Hausärzten, Fachärzten und Psychotherapeuten durch die Gesetzgebung von Bundesgesundheitsminister Professor Karl Lauterbach und die Sparpolitik der Krankenkassen gefährdet ist. Eingebettet ist die Tour der Werbefahrräder durch ganz Deutschland in die Kampagne „Wir sind für Sie nah“ der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). Mit Spots im Fernsehen, Plakaten im öffentlichen Raum und digitalen Informationen im Internet sowie auf diversen Social-Media-Kanälen klärt diese die Patientinnen und Patienten darüber auf, was passiert, wenn immer mehr Praxen ohne Nachfolger schließen müssen.

Lange Arbeitszeiten, überbordende Bürokratie und schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass immer mehr Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten darüber nachdenken, ihre Praxen vorzeitig zu schließen. Gleichzeitig sind immer weniger junge Kolleginnen und Kollegen bereit, den Sprung in die Selbständigkeit in einer eigenen Praxis zu wagen, sondern bevorzugen eher eine Anstellung in einer Klinik oder einem medizinischen Versorgungszentrum.

Der Vorstand der KVB – Dr. Christian Pfeiffer, Dr. Peter Heinz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – erklärte dazu heute in München: „Die besondere Nähe zwischen den Patienten und den niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten ist die Grundlage einer erfolgsversprechenden medizinischen Behandlung. Doch die politischen Rahmenbedingungen machen den Praxen die Arbeit immer schwerer. Erschöpfung greift um sich in der Ärzteschaft. Die bundesweite Kampagne der KBV und der Kassenärztlichen Vereinigungen soll insbesondere den politischen Entscheidern die Missstände im System plakativ vor Augen führen. Wir werden die Bundespolitik immer wieder nachdrücklich mit unseren wichtigsten Forderungen konfrontieren. Bisher hat man in der Bundesregierung den Ernst der Lage nicht erkennen wollen oder mit Haushaltszwängen abgeburstet. In der deutschen Bevölkerung hat hingegen längst ein Umdenken stattgefunden. In einer Umfrage im Rahmen der Kampagne gaben fast 90 Prozent der Bürger an, dass ihnen das Thema der ambulanten ärztlichen Versorgung wichtig ist.“

Pressestelle der KVB
Telefon: 0 89 / 5 70 93 - 2192
Fax: 0 89 / 5 70 93 - 2195
E-Mail: presse@kvb.de
Internet: www.kvb.de

KVB
Elsenheimerstraße 39
80687 München